

Bericht aus Brüssel – Juni 2018 - von Norbert Neuser



Liebe Genossinnen und Genossen,

im Bericht aus Brüssel möchte ich Euch über einige Aktivitäten der letzten Wochen informieren.

Beste Grüße

Norbert Neuser

Inhalt:

- Brief aus Brüssel von Norbert Neuser
- Ein Jahr nach dem Aus der Roaminggebühren – Extrakosten fallen weg
- Junge Leute ab 18 kostenlos durch Europa
- Ruanda sponsert den FC Arsenal – ist das noch normal?
- PM: Lebensbedingungen der Menschen vor Ort verbessern
- PM: Kein Geld aus der Hungerbekämpfung fürs Militär
- PM: Endlich umsonst surfen
- PM: Europa stärken - Herausforderungen anpacken
- Besuchergruppe aus den SPD KV Bad Kreuznach und Birkenfeld im Europäischen Parlament in Straßburg

Brief aus Brüssel von Norbert Neuser

Liebe Genossinnen und Genossen,

es sind derzeit spannende Wochen wichtiger entwicklungspolitischer Entscheidungen und dann gibt's da auch noch die Fußball-WM. Aktuell hat sich das Europäische Parlament für eine engere Zusammenarbeit mit den insgesamt 79 afrikanischen, karibischen und pazifischen (AKP) Staaten ausgesprochen. Das Thema ist für mich als entwicklungspolitischer Sprecher der europäischen Sozialdemokraten besonders wichtig. Ziel des AKP-EU Abkommens ist es, die Lebensbedingungen der Menschen in unseren Partnerländern zu verbessern. Der Vertrag regelt die Handels- und Entwicklungsbeziehungen sowie politische Kooperation. Das neue Abkommen konnten wir diese Woche in Brüssel direkt mit Parlamentariern der 79 AKP-Staaten diskutieren, die zur halbjährlichen Versammlung in Brüssel waren. Gleichzeitig konnte ich das WM-Spiel Polen-Senegal zusammen mit meinen senegalesischen und polnischen Abgeordneten-Kollegen schauen. Das waren gelebte internationale Beziehungen, über deren Ausgang nur die Polen nicht ganz glücklich waren.

In den letzten Tagen habe ich viele Gespräche mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus anderen Fraktionen und anderen EU-Staaten geführt - nicht nur über Fußball. Dabei ist mir zu dem unglaublichen Flüchtlingsstreit zwischen CDU und CSU sehr klar geworden, dass nur eine gemeinsame europäische Migrationspolitik zielführend ist. Ich erlebe Europa immer dann als stark, wenn sich die Mitgliedstaaten auf gemeinsame Lösungen einigen können. Ich bin zuversichtlich, dass es auch jetzt so sein wird. So kann es uns gelingen, die Krisen in der europäischen Nachbarschaft, vor denen Menschen flüchten, gemeinsam zu bekämpfen. Gleichzeitig ist es eine gemeinsame europäische Aufgabe, Menschen in Not zu helfen und die von denen zu unterscheiden, die unsere Hilfe nicht nötig haben.

Aufgrund des Brexits hat das Europäische Parlament konsequenterweise seine eigene Verkleinerung beschlossen. In der kommenden Legislaturperiode ab 2019 wird das Parlament statt bisher 751 nur noch 705 Sitze haben und damit kleiner sein als der Bundestag, obwohl es dann auch ohne Großbritannien immer noch rund 450 Millionen Menschen repräsentiert. Die Anzahl der deutschen 96 Abgeordneten ändert sich aber nicht.

Ich wünsche Euch erholsame Ferienwochen wo auch immer in Europa, Deutschland oder in der Welt - wir in Brüssel müssen damit noch bis Ende Juli warten. Und da habe ich Pech gehabt, denn der Polit-Betrieb in Rheinland-Pfalz beginnt direkt wieder Anfang August und da gibt es vieles im Hinblick auf die Kommunal- und Europawahl 2019 vorzubereiten.

Norbert Neuser

Ein Jahr nach dem Aus der Roaminggebühren –

Extrakosten fallen weg

Kurz vor den Sommerferien in Rheinland-Pfalz kommt die gute Nachricht aus dem Europäischen Parlament, dass weitere Extrakosten bei den Roaminggebühren wegfallen. Lange konnten europäische Verbraucherinnen und Verbraucher im EU-Ausland nur mit Aufpreis telefonieren, surfen oder simsens. Vor einem Jahr, am 15. Juni 2017, änderte sich das - das Aus der Roaming-Gebühren dank einer EU-Regelung.

Das Europaparlament hat in hartnäckigen Verhandlungen mit den EU-Mitgliedstaaten erreicht, dass diese absurden Gebühren verschwunden sind. Bürgerinnen und Bürger in Europa können sich seit einem Jahr ohne Extrakosten über Grenzen hinweg austauschen.

Gewisse Einschränkungen bestehen allerdings nach wie vor - so kann es bei intensiver Nutzung von Daten-Flatrates weiterhin Aufschläge geben. Das Europaparlament zeigt weiter Zähne. So wurde vor kurzem eine Deckelung der teilweise unverschämten Preise für Auslandstelefonate aus dem Heimatland in ein anderes EU-Land durchgesetzt. Ab Mai 2019 dürfen Anrufe nicht mehr als 19 Cent pro Minute kosten. Das ist ein weiterer Erfolg für Verbraucherinnen und Verbraucher, die in Zukunft keine bösen Überraschungen auf der Telefonrechnung mehr fürchten müssen.

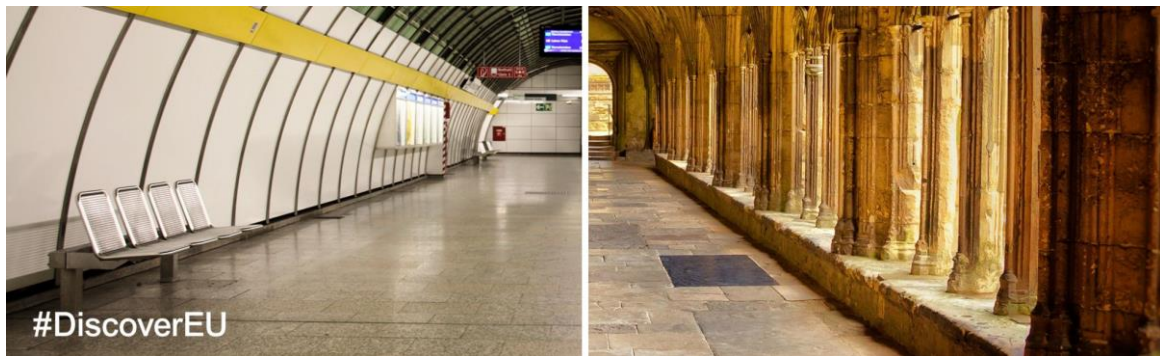


Junge Leute ab 18 kostenlos durch Europa

In diesem Sommer vergibt die Europäische Union erstmals 15.000 sog. Travel-Pässe, mit denen junge Menschen kostenlos bis zu 30 Tage durch Europa reisen können. Junge Europäerinnen und Europäer haben die Chance nicht nur den kulturellen Reichtum Europas besser kennenzulernen, sondern auch neue Freundschaften knüpfen zu können.

Um sich online bewerben zu können ist es insbesondere wichtig ist, dass man am 1. Juli 2018 18 Jahre alt ist (Geboren nach dem 1. Juli 1999 bis 1. Juli 2000); die Staatsangehörigkeit eines der 28 EU-Länder besitzt; und die Reise zwischen dem 9. Juli und dem 30. September 2018 antreten wird.

Die Bewerbungen können vom 12. Juni 2018 bis zum 26. Juni 2018 online abgegeben werden. Weitere Informationen und Hinweise gibt es unter: https://europa.eu/youth/discovereu_de



Ruanda sponsert den FC Arsenal – ist das noch normal?

Die Information, dass Ruanda einen der reichsten Fußballvereine sponsern will, hat zu Irritationen bei Norbert Neuser gesorgt. Ruanda zählt zu den ärmsten Ländern der Welt, aber Präsident Kagame will nun einen der reichsten Fußball-Clubs Europas mit jährlich mehr als 11 Millionen Euro sponsern. Norbert Neuser findet das absurd!

Als Sprecher der Sozialdemokraten im Entwicklungsausschuss des Europaparlaments begrüßt Norbert Neuser durchaus, dass das Land seinen Tourismussektor fördern will, aber 34 Millionen Euro für Tourismus-Werbung auf dem linken Trikotarm mit den beiden Worten „VISIT RWANDA“ in den nächsten drei Jahren steht in keinem Verhältnis mit der Bedürftigkeit dieses Landes, das vom deutschen Bundesentwicklungsministerium 103 Millionen Euro für den Zeitraum von 2017 bis 2020 erhält. Ein Drittel dieses Betrages geht nun für die Förderung des Lieblingsclubs des ruandischen Präsidenten Paul Kagame drauf, und das ist absolut nicht in Ordnung! Im Index für menschliche Entwicklung der Vereinten Nationen steht Ruanda auf Platz 159 von 188 bewerteten Ländern. Was die hohe Bedürftigkeit von Entwicklungshilfe unterstreicht.

Pressemeldung vom 14.06.2018

Lebensbedingungen der Menschen vor Ort verbessern

Europäisches Parlament positioniert sich zu Abkommen mit afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten

Die Europäische Union will künftig enger mit 79 afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten zusammenarbeiten. "Die USA, Russland und China wären froh, wenn sie ein solches weltweites Abkommen mit diesen Staaten hätten", unterstreicht der SPD-Europaabgeordnete Norbert Neuser die Bedeutung des sogenannten Post-Cotonou-Abkommens. Das Europäische Parlament hat am Donnerstag, 14. Juni 2018, in Straßburg eine Resolution dazu mit großer Mehrheit angenommen.

"Im gegenwärtigen globalen Klima ist das Engagement der EU für ein multilaterales System wichtiger als je zuvor", so Norbert Neuser, entwicklungspolitischer Sprecher der europäischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. "Unsere starke Partnerschaft wird nicht nur durch unseren anhaltenden Einsatz für Entwicklung in Afrika, der Karibik und dem Pazifik demonstriert, sondern auch durch unsere Absicht, mit unseren Verbündeten und Partnern gemeinsame globale Herausforderungen zu meistern."

"Das Abkommen soll vor allem die Lebensbedingungen der Menschen in den Partnerländern verbessern. Neu ist dabei etwa die Forderung nach einer Stärkung der Bürgerrechte bei Menschenrechtsverstößen", sagt Norbert Neuser.

Das Abkommen bildet den Rahmen für die Handelsbeziehungen zwischen der EU und ihren südlichen Partnerländern: "Wichtig für die SPD sind deshalb die gemeinsamen Werte und Normen, auf denen die Kooperation basiert. In dem neuen Abkommen müssen wieder als rechtlich verbindliche Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsstandards sowie Demokratiebestimmungen verankert werden. Diese Standards stellen ebenso die Grundlage der politischen Kooperation dar, etwa in Migrationsfragen und der Entwicklungszusammenarbeit", so Norbert Neuser.

Das im Jahr 2000 nach dem Unterzeichnungsort genannten Cotonou-Abkommen ist ein völkerrechtlicher Vertrag zwischen der Europäischen Union und den AKP-Staaten, der das Verhältnis mit diesen Staaten regelt, bei denen es sich zu einem überwiegenden Teil um ehemalige Kolonien der EU-Mitgliedstaaten handelt.

Das Cotonou-Abkommen wird für das Jahr 2020 neu verhandelt. Neue Herausforderungen wie Migration und der Klimawandel können deshalb mit aufgenommen werden. Generell umfasst der Vertrag zwischen der EU und 79 afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten die Grundpfeiler Entwicklungskooperation, politischen Dialog und Handel. Seine Ziele sind die Verringerung von Armut und Ungleichheit, die Unterstützung der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Entwicklung der Partnerländer sowie die Erleichterung der schrittweisen Integration ihrer Wirtschaft in die Weltwirtschaft.

Die Verhandlungen zwischen der EU und der AKP-Staatengruppe werden im Sommer beginnen.



Pressemitteilung vom 14.06.2018

Kein Geld aus der Hungerbekämpfung fürs Militär

Sozialdemokraten kritisieren entwicklungspolitische Vorschläge der EU-Kommission

Es geht um neue Pläne in der Entwicklungshilfe: Die EU-Kommission hat am Donnerstag, 14. Juni 2018, das neue sogenannte Instrument für Nachbarschaft, Entwicklung und Internationale Kooperation vorgestellt. Dieses Instrument soll innerhalb der neuen EU-Finanzplanung von 2021 bis 2027 in Kraft treten. Es ersetzt bisher eigenständig bestehende Budgettöpfe, wie zum Beispiel das Instrument zur Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit (Development Cooperation Instrument, DCI) sowie das Instrument für Stabilität und Frieden (Instrument contributing to Stability and Peace, IcSP).

Die SPD-Entwicklungspolitiker im Europäischen Parlament, Norbert Neuser und Arne Lietz, begrüßen zwar, dass für das neue Instrument mit dem Gesamtvolumen von 89,2 Milliarden Euro über die Laufzeit von sieben Jahren 13 Prozent mehr Mittel geplant sind. Es gibt jedoch auch Kritikpunkte:

"Auf den ersten Blick sieht das neue Instrument sehr effizient aus", so Arne Lietz. "Es ist regional und nach thematischen Prioritäten aufgeteilt und es können aus einem großen Topf je nach Bedarf Gelder in unterschiedliche Bereiche und Regionen fließen. Allerdings besteht die Gefahr der fehlenden Transparenz, wenn so viele Bereiche, die vorher durch eigenständige Budgetlinien und Programme auf einmal durch ein einziges großes Finanzinstrument abgedeckt werden. Zudem entscheidet leider nur die EU-Kommission, welche Programme nun Priorität haben. Alle bisher bestehenden Instrumente wurden von der EU-Kommission als effizient und erfolgreich bewertet. Uns ist unklar, warum sie in der Form nicht mehr bestehen können."

"Ich habe Sorge, dass langfristig bestehende Programme zur Armutsbekämpfung, Menschenrechtsschutz, Gesundheit oder Bildung kurzfristigen Interessen der EU wie Grenzsicherung und Eindämmung der Migration untergestellt werden", sagt Norbert Neuser, entwicklungspolitischer Sprecher der europäischen Sozialdemokraten. "Das ist nicht im Sinne der globalen Nachhaltigkeitsziele für 2030, die vor allem auf Menschen und deren Wohlergehen ausgerichtet sind." Beim ehemaligen Instrument zur Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit lag die Anrechenbarkeit der Projekte auf die Kriterien der Öffentlichen Entwicklungsarbeit (ODA) bei 100 Prozent, beim neuen Instrument nur bei 92 Prozent.

Arne Lietz sieht vor allem die Vermischung von Geldern für Entwicklungszusammenarbeit und Konfliktprävention sehr kritisch: "Sowohl das Instrument zur Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit als auch das Instrument für Stabilität und Frieden sind sehr wichtige Instrumente. Diese zu vermischen hieße, dass auf einmal Schulen aus Geldern gebaut würden, die für die Konfliktprävention bestimmt sind und Militär aus Mitteln finanziert würde, die normalerweise für Hungerbekämpfung und Gesundheit vorgesehen waren. Mindestens 20 Prozent der Mittel müssen für Gesundheit und Bildung ausgegeben werden."

"Die EU-Kommission muss noch mehrere offene Fragen klären: Wie wird etwa die geplante Reserve von 20 Prozent verwendet?", so Norbert Neuser. "Wir müssen die Kritikpunkte parlamentarisch sowohl in der Fraktion als auch im Entwicklungsausschuss untersuchen."

Als positiven Punkt sehen die SPD-Entwicklungspolitiker die Eingliederung des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) in den Haushalt der EU. "Bislang wurde der Europäische Entwicklungsfonds ausschließlich von den Mitgliedstaaten am EU-Haushalt vorbei finanziert. So hatte das Europäische Parlament kein Mitsprache- sowie Kontrollrecht. Ab 2021 ändert sich das. Vor allem, wenn das Vereinigte Königreich ab 2021 nicht mehr zum Entwicklungsfonds beiträgt, ist eine Budgetierung des Fonds ein guter Schritt", so Arne Lietz.

Pressemeldung vom 30.05.2018

Norbert Neuser: Endlich umsonst surfen

Europaparlament stimmt Förderung von kostenlosem WLAN zu

Straßburg/Boppard.

Dank einer Initiative der Europäischen Union können bald viele Menschen unbeschwert in Krankenhäusern, Parks, Bussen oder auf öffentlichen Plätzen im Internet surfen. Die EU wird den Aufbau kostenlos zugänglicher WLAN-Hotspots an öffentlichen Orten mit 120 Millionen Euro fördern. Das hat jetzt der SPD-Europaabgeordnete Norbert Neuser mitgeteilt.

„Der Ausbau der digitalen Infrastruktur ist eine der wichtigsten Zukunfts-Ziele der Europa-SPD“, so der Europaabgeordnete Norbert Neuser. „Viele Menschen erledigen inzwischen so viele berufliche und private Angelegenheiten online, dass der flächendeckende Zugang zu schnellem Internet absolut unerlässlich ist. Mit dem neuen EU-Programm wird die Internetversorgung in vielen Orten verbessert und verhindert, dass ländliche Kommunen oder solche mit angespannter Finanzlage bei der Digitalisierung abgehängt werden.“

Neuser weist darauf hin, dass sich EU-weit lokale Behörden online bewerben können, sofern noch kein vergleichbares privates oder öffentliches Angebot verfügbar ist. Bis zu 8000 Gemeinden können von dieser Initiative profitieren. Die ersten Bewerbungsrunden sind jetzt gestartet.

Das Förderprogramm wird nach dem Prinzip des Windhundverfahrens durchgeführt – die Anträge werden nach der zeitlichen Reihenfolge ihres Eingangs bei der EU Kommission bearbeitet und (wenn alle Voraussetzungen erfüllt sind) bewilligt, bis das vorgesehene Budget ausgeschöpft ist. Antragsberechtigt sind Kommunen und öffentliche Einrichtungen, welche die formalen Voraussetzungen eines öffentlichen Trägers erfüllen. Öffentliche Einrichtungen sind zum Beispiel Krankenhäuser, Schulen, Bibliotheken, Museen und Rathäuser.

„Jeder Hotspot ist ein Pluspunkt für Kommunen. Dies gilt insbesondere in den ländlichen Gebieten von Rheinland-Pfalz, wo das Surfen bisher nicht möglich ist. Die Orte werden durch kostenloses WLAN sowohl für Einheimische als auch für Touristen attraktiver und bürgernaher. Dank der unbürokratischen Lösung über die Online-Bewerbung und Gutscheine ist der Aufwand auch für kleine Gemeinden gut tragbar“, so Norbert Neuser abschließend.



Pressemitteilung vom 04.05.2018

Europa stärken - Herausforderungen anpacken

Europaabgeordneter Norbert Neuser zum Europatag

Brüssel/Boppard. "Europa ist für uns heute wichtiger denn je", sagt der rheinland-pfälzische SPD Europaabgeordnete Norbert Neuser anlässlich des Europatags am 9. Mai, „nur in einem Europa das nach außen geeint auftritt und dass nach innen als Gemeinschaft funktioniert, können wir in einer globalisierten Welt Bedingungen schaffen, unter denen Frieden und Wohlstand in Europa bewahrt bleiben. Ein solches Europa tritt auch nach außen hin friedensstiftend auf und unterstützt als Handelspartner Entwicklung weltweit. Wir sollten uns deshalb nicht nur am Jahrestag zu Europa bekennen."

"Das Europa von 2018 steht vor bislang ungekannten Herausforderungen. Der Brexit gehört ebenso dazu, wie das veränderte Verhältnis zu einer USA unter Trump, aber auch kriegsbedingte Flucht und Migration aufgrund ungleicher Lebensbedingungen stellen viele Europäischen Staaten vor Schwierigkeiten, die sie in diesem Ausmaß bislang nicht kannten. Ein geeintes Europa hat die Möglichkeit wirkungsvolle Ansätze zu entwickeln und Zuwanderung in geordnete Bahnen zu lenken, indem es die Lebensbedingungen von Menschen in Entwicklungsländern langfristig verbessert. In diesem Zusammenhang ist ein neuer Fokus auf nachhaltige Entwicklungsprojekte in diesen Ländern wichtig. Die Möglichkeit, über Erasmusprogramme die Ausbildung von jungen Menschen zu fördern, ermöglicht es ihnen später, mit neuem Wissen und Perspektiven ihr Land aufzubauen und zu entwickeln. Um dies zu leisten, kann und muss Europa andererseits aber auch Wege finden, seine Außengrenzen wirkungsvoll zu schützen.

Dass die EU durchaus in der Lage ist, flexibel auf Herausforderungen zu reagieren, zeigt auch der neue EU-Haushalt für die kommenden Jahre: Die EU hat die Zeichen der Zeit erkannt und sieht deutlich mehr Geld für Entwicklungszusammenarbeit vor. So wird etwa mehr Geld in die Hand genommen um Außengrenzen zu sichern; und ganz wichtig, die erfolgreichen Erasmus-Programme, damit junge Europäerinnen und Europäer im Ausland studieren, im Rahmen ihrer Ausbildung lernen oder Praktika absolvieren können, werden mit deutlich mehr Finanzmitteln ausgestattet. Es wurden aber auch Einsparungen vorgenommen, etwa im Bereich der Agrarpolitik, was gut ist, weil die Förderung der Agrar-Großbetriebe deutlich reduziert wird und stattdessen kleinere Unternehmen gestärkt werden, die nachhaltig produzieren. Das Europa von 2018 ist nicht perfekt. Aber wenn wir es weiterhin stärken sind wir in der Lage, Herausforderungen gemeinsam anzupacken!", ist Norbert Neuser überzeugt.

Am 9. Mai 1950 legte der damalige französische Außenminister Robert Schumann den Grundstein für die heutige Europäische Union und reichte Deutschland und anderen europäischen Staaten die Hand, um gemeinsam für Wohlstand und Frieden zu arbeiten. Schumann schlug damals vor, eine Produktionsgemeinschaft für Kohle und Stahl zu schaffen. Dies war der Vorläufer der Europäischen Union. Deshalb wurde der 9. Mai als der Europatag festgelegt.

**Besuchergruppe der SPD Kreisverbände
Bad Kreuznach und Birkenfeld
im Europäischen Parlament in Straßburg am 14.06.2018**



Copyright © 2018

SPD Europabüro Norbert Neuser
Ahornweg 17, 56154 Boppard
Tel: 06742 804437
E-Mail: europabuero.neuser@t-online.de

Herausgeber: Norbert Neuser (V.i.S.d.P)